

*Richard L. Rudolph, Banking and industrialization in Austria-Hungary. The role of banks in the industrialization of the Czech Crownlands, 1873—1914.*

Cambridge University Press, Cambridge 1976, XI + 291 S., £ 12,50.

Das Buch entspricht im Aufbau und in seinen wesentlichen Aussagen der vom Verfasser im Jahre 1968 fertiggestellten Dissertation zum Thema „The role of financial institutions in the industrialization of the Czech Crownlands, 1880—1914“. Stärker als in dieser Arbeit und im Sinne der erweiterten Zielsetzung versucht er nun, das jeweils Typische in den Beziehungen der Industrie zum Kapitalmarkt in den böhmischen und österreichischen Ländern der Donaumonarchie herauszuarbeiten und einander gegenüberzustellen. Böhmen, Mähren und Schlesien bilden jedoch weiter das auf fundierten Untersuchungen aufbauende Kernstück seiner Analyse, das Kapitel über die Wiener Großbanken und die jetzt angefügten, die Zeit vor 1880 behandelnden Rückblicke tragen dagegen stärker Handbuchcharakter.

Die Schwerpunktverlagerung auf die führenden Industrieländer der Monarchie engt den Repräsentationsgrad der Untersuchung für die gesamtstaatliche Entwicklung ein. Der Autor ist daher bestrebt, die auch innerhalb der westlichen Reichshälfte bestehenden bedeutenden regionalen Struktur- und Wachstumsunterschiede in einem Negativbild zum böhmisch-mährischen Entwicklungsmuster herauszuarbeiten. Er spricht vom imperialen-kolonialen Gegensatz zwischen den einzelnen Regionen. Diese Metapher besitzt allerdings mehr heuristischen Wert als Anspruch

auf Gültigkeit. Letztlich vermeidet es Rudolph auch, eine exakte Zuordnung vorzunehmen, und betont nur den hohen Industrialisierungsgrad des böhmisch-österreichischen Gebietskomplexes im Gegensatz zu den übrigen unterentwickelten Ländern Cisleithaniens. Die Problematik einer solchen Begriffsbildung tritt einigemal deutlich hervor, werden doch dadurch Gebiete wie Slowenien, Istrien und Dalmatien als strukturkonform in einem Atemzug genannt.

Die Konstruktion eines imperialen-kolonialen Gegensatzes widerspricht auch dem von der Zentralregierung entwickelten Raumordnungskonzept und läßt besonders den seit 1880 voranschreitenden wirtschaftlichen Integrationsprozeß außer acht. Es ist zweifellos richtig, daß aufgrund der geographischen Lage und Zerrissenheit der österreichischen Reichshälfte manche Provinzen engere wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zum benachbarten Ausland als zu den angrenzenden Kronländern unterhielten. Die ständig steigenden Ausgaben des Staates für Infrastruktureinrichtungen — sie nahmen ab der Jahrhundertwende die Hälfte des gesamten Staatshaushaltes in Anspruch — leiteten eine grundsätzliche Umorientierung, gleichsam eine künstliche Zentralisierung des Staatsgebietes ein. Durch flankierende wirtschaftspolitische Maßnahmen wurde die Effizienz dieser Einrichtungen beträchtlich gesteigert, Binnenhandel und Konsumgewohnheiten entscheidend beeinflußt. Man bedenke z. B., daß aufgrund der den Ferntransport begünstigenden Tarifbestimmungen das aus Galizien angelieferte Holz auf dem Wiener Markt erfolgreich mit dem aus Niederösterreich oder der Steiermark konkurrieren konnte.

Rudolph legt seiner Bewertung der Industrialisierungsvorgänge einen neuen, von ihm selbst entwickelten Gesamtindex der industriellen Produktion zugrunde, der besondere Beachtung verdient. Während Nachum Th. Gross bei den im Jahre 1966 angestellten Schätzungen des gesamten Produktionsvolumens der Industrie sich auf einige wenige, datenmäßig gut belegte Stichjahre (1841, 1865, 1880, 1885 und 1911) stützte, wodurch bei der Ermittlung der Zuwachsraten die konjunkturellen Schwankungen weitgehend ausgeschaltet wurden, schlägt Rudolph einen anderen Weg ein. Er berechnet Datenreihen für Industriesektoren, deren Produktionsziffern von 1880 bis 1913 überliefert sind, und fügt diese zu einem Gesamtindex zusammen. Die folgenden Überlegungen wollen nicht als Kritik sondern als Beitrag, den Repräsentationsgrad und die Gültigkeit der von Rudolph entworfenen Wachstumskurve zu bestimmen, aufgefaßt werden.

Einmal muß, wie der Autor selber feststellt, bedacht werden, daß die ausgewählten Teilreihen: Bergbau, Metallerzeugung und -verarbeitung, Maschinenbau, Nahrungsmittel- und Textilindustrie insgesamt nur zwei Drittel des Bruttoproduktionswertes der österreichischen Industrie darstellen, und die Teilreihen selbst wieder mehr oder weniger unvollständig sind. Dazu kommt, daß ausschließlich typische Wachstumsbranchen herangezogen werden. So findet auch bei der Berechnung der Indexwerte für die Textilindustrie die rezessive Leinenerzeugung keine Berücksichtigung. Durch diese Tatsache muß mit überhöhten Wachstumsziffern der Gesamtindustrie gerechnet werden. Auch die Ermittlungen des Produktionswertes der Maschinenbauindustrie anhand der zur Verarbeitung gelangten Metalle muß zu einer Überzeichnung der Wachstumskurve führen, da im Maschinenbau der achtziger Jahre das Holz noch konstruktive Bedeutung hatte.

Alles in allem scheint der Repräsentationsgrad des von Rudolph aufgezeigten industriellen Wachstums vor der Jahrhundertwende höher zu sein als nachher. Bedeutsam ist die Bestätigung der bereits von Gross gemachten Feststellung, daß die österreichische Industrieproduktion nach 1880 hohe Wachstumsraten erzielte, die nur mehr in wenigen Jahren nach der Jahrhundertwende übertroffen werden sollten. Die in der Literatur noch weit verbreitete Ansicht, daß die Periode von 1880 bis 1895 — strukturell und dem wirtschaftlichen Ergebnis nach — der vorangegangenen Phase der Depression zuzuordnen sei, ist nicht mehr haltbar und auch unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten, wie ich aus einer Untersuchung österreichischer Industrieaktiengesellschaften ableiten konnte, anzufechten.

Aus diesem Blickwinkel noch einige Überlegungen zur Hauptthese Rudolphs über das Wesen des Beziehungsgefüges von Banken und Industrie. Er sieht im Beispiel Österreich eine Widerlegung der Gerschenkron'schen Theorie der führenden Rolle der Banken in einem Land relativer Rückständigkeit. Zu Recht weist Rudolph auf die lange Zeit geübte große Zurückhaltung der Banken im Industriegeschäft hin; allein arrivierte Branchen wurden in größerem Ausmaß unterstützt. Die an anderen Zielen sich orientierende Bankpolitik verhinderte geradezu eine umfangreiche Industrieförderung. Etwas widersprüchlich ist daher die Aussage, daß die Gebundenheit des Bankkapitals in der Industrie eine zunehmende Illiquidität der Geldinstitute herbeiführte. Das Phänomen des geringen Zahlungsspielraumes der österreichischen Banken, soweit dies überhaupt eine Realität war, muß andere Ursachen haben. Selbst bei den sogenannten Gründungsbanken nahm die Industriefinanzierung oft nur einen bescheidenen Anteil des gesamten Bankgeschäftes ein, trat z. B. meist hinter das öffentliche Anleihengeschäft zurück. Rudolph kehrt in dieser Frage die besondere Rolle der kurzfristigen Kreditformen hervor; daß es sich dabei de facto um langfristig gebundene Kapitalien handelte, mag in vielen Fällen seine Richtigkeit haben. Eine weitgehende Differenzierung der Kreditempfänger ist dem Autor aus dem Blickwinkel des Bankgeschäftes und aufgrund des von diesem überlieferten statistischen Materials nicht möglich gewesen. Wie ich aus der Analyse der Finanzwirtschaft einzelner Industrieunternehmungen ersehen konnte, traten tatsächlich die langfristigen Kredite hinter die kurzfristigen ganz wesentlich zurück. Der von den Firmen realisierte kurzfristige Kreditrahmen weist jedoch enorme Schwankungen auf, erfüllte also zum Großteil keine langfristige Finanzierungsfunktion. Eine Erklärung bietet sich an, wenn man den industriepolitischen Praktiken der Banken die Finanzierungspolitik der Unternehmungen an die Seite stellt.

Das Eigenkapital der Industrieaktiengesellschaften überstieg bis 1913 z. T. beträchtlich das eingesetzte Fremdkapital wie auch den Wert des Anlagevermögens. Überraschend ist dabei die Tatsache, daß der Deckungsquotient in den Investitionsperioden durchwegs ansteigend war. Die Durchführung von Finanzierungsvorhaben scheint demnach auf die Möglichkeiten der Eigenkapitalbeschaffung abgestimmt gewesen zu sein. Dies war natürlich nur begrenzt im Rahmen der Innenfinanzierung möglich. So entschloß man sich, die geplanten Vorhaben über eine Emissionsbank mit Beteiligungskapital zu finanzieren. Die auflaufenden Investitionskosten wurden nicht selten vorübergehend mit kurzfristigen Mitteln bestritten.

Der große Einfluß der Banken auf die Unternehmungen erfolgte also nicht über das Kredit- sondern über das Beteiligungskapital, woraus allerdings oft eine echte Teilhaberschaft resultierte. Dies wirft ein weiteres Licht auf die von Rudolph angesprochene „cautious policy“ der Banken.

Das sich durch umfangreiche Quellen- und Literaturkenntnis sowie durch Originalität der Interpretation auszeichnende Werk stellt einen bedeutenden Fortschritt auf dem Wege der Durchdringung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vorgänge in der Donaumonarchie dar.

Wien

Alois Mosser